



007/2004

Aktuelle Stellungnahme zur morgigen Regierungsratsitzung

Umsetzung der Kyoto-Verpflichtungen:

Mouvement Ecologique fordert öffentliche Debatte

Die Tripartite hat letzte Woche über die Verpflichtungen Luxemburgs im Zusammenhang mit dem internationalen Klimaschutz diskutiert, im Rahmen derer Luxemburg bis Ende März einen Allokationsplan für CO₂ erstellen muss. In einer aktuellen Pressemitteilung nimmt der Mouvement Ecologique zum Resultat der Diskussionen Stellung.

Die Tatsache, dass festgehalten wurde, unser Land müsse Anstrengungen zur Reduktion der CO₂-Emissionen in Luxemburg selbst in die Wege leiten, sei als sehr positiv zu werten. Luxemburg sei in der Tat eines der Länder mit den höchsten pro Kopf CO₂-Emissionen und es wäre in der Tat aus der Sicht der politischen Moral verwerflich, wenn wir uns von unseren Verpflichtungen freikaufen würden. Zudem würden in diesem Fall über Jahre hinaus hohe jährliche Mehrausgaben zu Buche schlagen.

Deshalb richtet der Mouvement Ecologique folgenden Appell an die Regierungsmitglieder im Vorfeld der Sitzung des Regierungsrates von diesem Freitag:

- Eine Debatte über die Umsetzung des Allokationsplanes kann und dürfe nicht ohne Vorlage von reellen Fakten und der notwendigen Transparenz geführt werden. Allen interessierten Akteuren, der Presse und der Öffentlichkeit sollte deshalb von kompetenten Fachleuten die Vorgaben als auch Tragweite der EU-Direktive vorgestellt werden. Auch der im Auftrag des Umweltministeriums erstellte Entwurf eines CO₂-Allokationsplanes mit den dazu erstellten Hintergrundinformationen müsse offengelegt werden.
- Erforderlich sei weiterhin ein öffentliches Diskussionsforum, im Rahmen dessen diese Fakten diskutiert werden. Hierbei müsse sichergestellt werden dass alle interessierten Akteure an der Debatte über die Zuteilung der Emissionsrechte eingebunden werden: dies betrifft u.a. Akteure im Bereich Wohnungsbau, Transport, Umwelt, Dritte Welt...

Auch die Abgeordnetenversammlung müsse an dieser für die zukünftige Entwicklung wesentlichen Debatte beteiligt sein.

Dies sei nur möglich, wenn die federführenden Behörden, in erster Linie das Umweltministerium, proaktiv und offensiv eine solche öffentliche Beteiligungsprozedur angehen.

- Unerlässlich für eine solche Meinungsbildung sei, dass sehr kurzfristig ein operationeller CO₂-Reduktionsplan für Luxemburg von Experten erstellt wird. Dieser sollte klare Ziele, CO₂-Einsparpotenziale in den einzelnen Bereichen sowie die entsprechenden Umsetzungsinstrumente benennen.
- Angesichts der Tatsache, dass der Tanktourismus maßgeblich die CO₂-Bilanz Luxemburgs beeinflusst und mittel- bis langfristig aufgrund der EU-Harmonisierungsbestrebungen diese Einnahmequelle für den Luxemburger Staat auf mehr denn wackligen Füßen steht, müsse das Finanzministerium mit einer Szenarioanalyse eines graduellen mittelfristigen Ausstiegs aus dem Tanktourismus beauftragt werden. Auch diese Analyse müsste in die öffentliche Meinungsbildung miteinfließen.

Die Tatsache, dass Russland das Kyoto-Protokoll noch nicht unterschrieben hat und die aktuelle amerikanische Regierung sich ihrer Verantwortung in diesem Bereich entzieht, kann für Europa und besonders für Luxemburg (mit seinen hohen CO₂-Emissionen) kein Argument sein, sich seiner besonderen Verpflichtung im Klimaschutzbereich zu entziehen. Im Gegenteil: wer von Nachhaltigkeit redet, muss seine Glaubwürdigkeit prioritär in diesem Bereich unter Beweis stellen.

Der CO₂-Allokationsplan stellt Luxemburg vor grundlegende Fragestellungen über die Zukunftsgestaltung u.a. auch aus finanzpolitischer Sicht: diese grundlegende Debatte sollte nicht (erneut) verdrängt werden - sondern im Gegenteil sehr offensiv und - über die Tripartite hinaus - durch Einbeziehung aller Akteure erfolgen.